



Ergänzung

Interne Dienste und Kreistag
Az.: 32-102420
Datum: 28.10.2003
Sachbearbeiter/in: Schulze, Alexandra

Vorlagenart	Vorlagennummer
Antrag	2003/207
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich

Beratungsgegenstand:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.10.2003 (Eingang: 27.10.2003);
Umsetzung des Schulgesetzes und Fortschreibung des Schulentwicklungsplans

Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	03.11.2003	Kreisausschuss
Ö	10.11.2003	Kreistag

Abzeichnung:

Landrat

Organisationseinheit

Beschlussvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion:

Die Verwaltung des Landkreises Lüneburg wird aufgefordert, umgehend eine Grundschul- und Orientierungsstufen-Elternbefragung in den Schuleinzugsbereichen der neu angedachten Gymnasien in Bleckede und Embsen durchzuführen.

Die Befragung sollte folgenden Text haben und mit Ja oder Nein beantwortet werden.

„Nachdrücklich wird im Landkreis Lüneburg versucht, dem Wunsch nach mehr gymnasialen Angeboten zu entsprechen. Würden Sie Ihr Kind auf das neu angedachte und wohnortnahe Gymnasium in Bleckede (bzw. Embsen) schicken, wenn diese Schule eine attraktive und zukunftsorientierte Profilierung hätte und ein leistungsstarkes Lehrerkollegium, analog den bestehenden Gymnasien, zur Verfügung steht?“

JA Nein (Bitte zutreffendes ankreuzen)

Das Ergebnis der Elternbefragung sollte den Kreistagsabgeordneten vor dem nächsten Schulausschuss vorliegen.

Zum geplanten Schuleinzugsbereich Bleckede gehören die Stadt Bleckede, die Samtgemeinde Dahlenburg und die Gemeinde Neetze. Zum geplanten Schuleinzugsbereich Embsen gehören die Samtgemeinden Amelinghausen und Ilmenau.

Ergänzung vom 04.11.2003

Die SPD-Kreistagsfraktion hatte diesen Antrag zunächst als Dringlichkeitsantrag an den Kreisausschuss am 03.11.2003 gerichtet. Die Dringlichkeit wurde im Kreisausschuss am 03.11.2003 abgelehnt. Im Zuge der Kreis-

ausschussdiskussion wird seitens der SPD-Kreistagsfraktion festgestellt, dass es sich bei dem Antrag um einen Antrag an den Kreistag am 10. November 2003 handelt. Dies sei versehentlich so nicht angegeben worden. Im Kreisausschuss wurde daraufhin Behandlung im Kreistag am 10.11.2003 vereinbart. Eine Beschlussempfehlung des Kreisausschusses wird nicht ausgesprochen.